

K anzlei – I nfo 07/2002

R echtsanwalt H ans J ürgen K otz

Fachanwalt für A rbeitsrecht

Siegener Straße 104 ~ 57223 K reuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Verfasser: Christian Kotz, Ref. iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Neues Schadensersatzrecht zum 01.08.2002 (*auf Seite 1 f.*)
- Aus der Politik: Abhebungen im Euro-Ausland und Auslandsüberweisungen billiger! (*auf Seite 4*)
- Aus der Politik: Autozulassung künftig mit Steuerschulden nicht mehr möglich! (*auf Seite 4*)
- Aus der Politik: Trinkgeld wird von Steuern befreit (*auf Seite 4*)
- Aus der Politik: Neues Jugendschutzgesetz (*auf Seite 4 f.*)
- Aus der Politik: Neues Gesetz gegen Schwarzarbeit (*auf Seite 5*)
- interessante Urteile – Kurz notiert (*auf Seite 5 ff.*)

Neues Schadensersatzrecht zum 01.08.2002:

Einleitung: Am 31.05.2002 wurde vom Bundesrat das 2. Gesetz zur Änderung schadenersatzrechtlicher Vorschriften gebilligt. Das neue Schadenersatzrecht gilt für alle Schadenereignisse, die ab dem 01.08.2002 geschehen (*Art. 12 Änderungsgesetz i.V.m. Art. 229 EGBGB § 5*). Das deutsche Schadensersatzrecht wird durch die Änderung an europäische Standards angeglichen und es werden nach „Ansicht“ des Gesetzgebers Lücken im Haftungsrecht geschlossen.

1. Bereich der Arzneimittelhaftung: Die Stellung des Arzneimittelanwenders soll durch Beweiserleichterungen und die Einführung eines Auskunftsanspruchs gegenüber den pharmazeutischen Unternehmen gestärkt werden.

2. Kinder im motorisierten Straßen- und Bahnverkehr: Die Altersschwelle für eine Haftung von Kindern im „motorisierten“ Verkehr wird von derzeit 7 auf 10 Jahren heraufgesetzt. Dies wird im § 828 BGB n.F. geregelt. Während Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres nie schadenersatzpflichtig sind (*vgl. § 828 Abs. 1 BGB n.F. - Beachte jedoch die „Billigkeitshaftung“ der aufsichtspflichtigen Dritten nach § 829 BGB*), werden Kinder bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres zukünftig von einer Haftung im motorisierten Verkehr freigestellt, soweit der Schaden nicht auf Vorsatz beruht (*vgl. § 828 Abs. 2 BGB n.F.*).

3. Schmerzensgeld: Künftig wird es auch im deutschen Recht einen allgemeinen Schmerzensgeldanspruch bei der Verletzung von Körper, Gesundheit und sexueller Selbstbestimmung, also auch im Rahmen der Gefährdungshaftung und der Vertragshaftung geben. § 847 BGB wird daher aufgehoben und § 253 Abs. 2 BGB n.F. eingeführt. Dieser lautet wie folgt: „*Ist wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung Schadensersatz zu leisten, kann auch we-*

gen des Schadens der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangt werden“. Bisher wird Schmerzensgeld in der Regel nur in Fällen der außervertraglichen Verschuldenshaftung gewährt.

☞ Problem 1: Ab 01.08.2002 kein Schmerzensgeld bei Bagatellverletzungen?

Der Entwurf zum neuen Gesetz sah vor, dass Schmerzensgeld nur noch verlangt werden kann, wenn die Verletzung vorsätzlich herbeigeführt wurde oder der Schaden nicht „unerheblich“ ist. Eine ausdrückliche „Bagatellgrenze“ wurde im verabschiedeten Gesetz aus guten Grund nicht eingeführt (*m.E. eindeutiger Verstoß gegen Art. 2 GG!*). Der Gesetzgeber stellt sich jedoch vor, dass ein immaterieller Schadenersatzanspruch zukünftig bei Bagatellverletzungen außer Betracht bleibt und die Rechtsprechung zukünftig kein Schmerzensgeld bei Bagatellverletzungen mehr zuspricht. Als Argument für diese Auslegung des Gesetzeswortlautes wird der Begriff der „*billigen Entschädigung*“ genannt. Einen Schmerzensgeldanspruch soll es nach den Vorstellungen des Gesetzgebers in den nachfolgenden Fällen unfallbedingter Verletzungen nicht mehr geben:

- nicht objektivierbare leichte HWS-Verletzungen ersten Grades,
- bloße Kopfschmerzen,
- Schleimhautreizungen,
- oberflächliche Weichteilverletzungen, wie Prellungen, Schürf- und Schnittwunden,
- leichtere Verletzungen des Bewegungsapparates, wie Zerrungen und Stauchungen.

Anmerkung: Die Rechtsprechung bzw. die Richter sind gem. Art. 97 Abs. 1 GG unabhängig und nur an das Gesetz gebunden! Da die Bagatellgrenze aus gutem Grunde nicht in das Gesetz aufgenommen wurde, bleibt mithin abzuwarten, ob die Rechtsprechung bzw. die Richter der Auslegung der Regierung und der Versicherungslobbyisten folgen wird. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist jedoch meines Erachtens eher gering.

☞ Problem 2: Unabwendbarkeitsnachweis in § 7 Abs. 2 StVG entfällt!

Die Ersatzpflicht bestand für einen Kfz-Halter nach der bisherigen Gesetzeslage (*bis zum 01.08.2002*) nicht, wenn das Unfallereignis für ihn unabwendbar war (*vgl. hierzu § 7 Abs. 2 StVG a.F.*). Dieser Unabwendbarkeitsnachweis entfällt mit der neuen Regelung zum 01.08.2002. Eine Haftung des Kfz-Halters ist zukünftig nur noch ausgeschlossen, wenn der Unfall durch „höhere Gewalt“ verursacht wird (*höhere Gewalt = ein betriebsfremdes, von außen durch elementare Naturkräfte oder durch Handlungen dritter Personen herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbar war, mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch äußerste nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartenden Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden konnte und auch nicht wegen seiner Häufigkeit in Kauf zu nehmen ist – Diese Definition stammt vom Bundesgerichtshof [BGHZ 7, 338 (339)]*).

Beispiele für unabwendbare Ereignisse waren u.a.:

1. Ein Kind läuft hinter einem parkenden Pkw oder Lkw ohne sich umzusehen auf die Strasse, ein heranfahrender Autofahrer hat in diesen Fällen in der Regel keine Möglichkeit sein Fahrzeug vor dem Kind zum Stehen zu bringen.
2. Ein Fahrzeug gerät auf einer nicht erkennbaren Ölspur ins Schleudern oder bricht aus, weil plötzlich unvorhersehbar Glatteis auftritt.

Beispiele für höhere Gewalt sind:

1. Ein Sabotageakt, soweit weder voraussehbar noch vermeidbar.
2. Ein Naturereignis (z.B. Erdbeben).

Lediglich bei der Ausgleichspflicht mehrerer Haftpflichtiger besteht nach § 17 Abs. 3 StVG n.F. noch ein Unabwendbarkeitsnachweis. § 17 Abs. 3 S. 1 und 2 StVG n.F. betrifft aber nur den Schadensausgleich zwischen den Haltern von Kraftfahrzeugen. D.h. auch künftig muss ein Autofahrer, der sich „perfekt“ verhalten hat, aber trotzdem in einen Unfall verwickelt wird, nicht fürchten, wegen seiner „Betriebsgefahr“ mit einer Haftungsquote belastet zu werden. Vielmehr erhält er seinen Schaden zu 100 % ersetzt und schuldet den übrigen Kraftfahrzeughaltern, Kfz-Fahrern und Kfz-Eigentümern keinen Schadenersatz. Haben sich beide Autofahrer „ideal“ verhalten, entfällt der Ausgleich gänzlich und jeder muss seinen Schaden selbst tragen.

4. Haftungshöchstgrenzen: Weiterhin wurden die in den von einem Verschulden unabhängigen Haftungssystemen enthaltenen Haftungshöchstgrenzen der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst. Durch die Erhöhung der Haftungshöchstgrenzen soll der hinreichende Schutz der Geschädigten in Fällen, in denen sich die Haftung des Schädigers ausschließlich aus diesen Bestimmungen ergibt, sichergestellt werden.

Gesetzesnorm:	Unfälle bis zum 31.07.2002	Unfälle ab dem 01.08.2002:
§ 12 StVG:		
• Tötung/Verletzung eines Menschen (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 StVG)	500.000 DM oder 30.000 DM/Jahr	600.000 € oder 36.000 €/Jahr
• Tötung/Verletzung mehrere Menschen (§ 12 Abs. 1 Nr. 2 StVG)	750.000 DM oder 45.000 DM/Jahr	3.000.000 € oder 180.000 €/Jahr
• Sachschaden (§ 12 Abs. 1 Nr. 3 StVG)	100.000 DM	300.000 €
§ 12a StVG:		
• Tötung/Verletzung eines Menschen	500.000 DM oder 30.000 DM/Jahr	600.000 € oder 36.000 €/Jahr
• Tötung/Verletzung mehrere Menschen	750.000 DM oder 45.000 DM/Jahr	3.000.000 € oder 180.000 €/Jahr
• Sachschaden an Immobilie	100.000 DM	6.000.000 €
• andere Sachschäden	100.000 DM	300.000 €
§ 9 Haftpflichtgesetz	30.000 DM/Jahr	600.000 € oder 36.000 €/Jahr
§ 10 Haftpflichtgesetz	100.000 DM	300.000 €

5. Gefahrguttransporte auf der Straße: Besondere Haftungshöchstgrenzen werden für Gefahrguttransporte auf der Straße eingeführt (zu beachten ist hier jedoch § 12 a StVG n.F.).

6. Sachschadensrecht: Im Bereich des Sachschadensrechts wird der Schadensersatz zukünftig stärker daran ausgerichtet werden, ob eine Schadensbeseitigung erfolgt und welchen Weg der Geschädigte dafür beschreitet. Der Geschädigte darf den Schaden an seinem Pkw auch nach den neuen Regelungen weiterhin abstrakt abrechnen, also unabhängig davon, ob die Reparaturkosten tatsächlich angefallen sind oder nicht (vgl. § 249 Abs. 2 S. 1 BGB n.F. - *Anmerkung:* Ersatz jedoch nur bis zur wirtschaftlich gebotenen Wiederherstellung – sog. 130%-Fälle). Jedoch wird dem Geschädigten ab 01.08.2002 die (fiktive) Umsatzsteuer bei abstrakter Schadensabrechnung nicht mehr ersetzt (vgl. § 249 Abs. 2 S. 2 BGB n.F.). Die Umsatzsteuer wird dem Geschädigten nur noch dann ersetzt, wenn sie tatsächlich angefallen ist. Bei der (fiktiven) Abrechnung auf Gutachtenbasis kann der Geschädigte nur noch die Nettopreiskosten absetzen. Er wird mithin zukünftig denjenigen gleichgesetzt, die vorsteuerabzugsberechtigt sind. Erfolgt die Reparatur in „Eigenregie“, so kann der Geschädigte jedoch die in den gekauften Ersatzteilen enthaltene Mehrwertsteuer als Schadenersatz verlangen!

7. Allgemeine Gefährdungshaftung für Fahrzeuginsassen: Die Gefährdungshaftung des § 7 StVG gilt zukünftig ohne Rücksicht darauf, ob sich der Geschädigte im Pkw oder außerhalb des Pkws aufgehalten hat. Die Halterhaftung im Straßenverkehr wird auf sämtliche Insassen eines Kfz ausgeweitet. Sie gilt unabhängig davon, ob die Beförderung geschäftsmäßig, entgeltlich oder unentgeltlich erfolgte. Nur bei unentgeltlicher Beförderung darf ein Haftungsausschluss vereinbart werden (vgl. § 8a StVG).

Anmerkung: Eine Vorlage zur Vereinbarung eines Haftungsausschlusses finden Sie unter:
<http://www.ra-kotz.de/fahrerhaftung.htm> - unten

Aus der Politik:

I. Abhebungen im Euro-Ausland und Auslandsüberweisungen werden billiger!

Am 01.07.2002 trat die vom Europäischen Parlament im Dezember 2001 verabschiedete Verordnung in Kraft, die eine deutliche Senkung der Bankgebühren im Geldverkehr in der „Euro-Zone“ vorschreibt.

Die Verordnung schreibt unter anderem vor:

- Die Gebühren für Abhebungen an Geldautomaten und für Kreditkartenzahlungen in Höhe von bis zu 12.500,00 Euro müssen ab dem 01.07.2002 im In- und Ausland identisch sein.
- Ab dem 01.07.2003 müssen die Gebühren für Überweisungen in Höhe von bis zu 12.500,00 Euro bei In- und Auslandsüberweisungen gleich sein.
- Bankkunden sind vorab über die Gebühren für In- und Auslandszahlungen zu informieren. Gebührenänderungen sind im Voraus mitzuteilen.

Ab dem 01.01.2006 erfasst die Verordnung dann auch Abhebungen an Geldautomaten, Kreditkartenzahlungen und Überweisungen bis zu einem Betrag von 50.000,00 Euro.

II. Auto-Zulassung ist künftig nur ohne Steuerschulden möglich!

Die Bundesländer können die Zulassung eines Autos künftig davon abhängig machen, dass keine Kraftfahrzeugsteuer-Rückstände bestehen und eine Einzugsermächtigung für diese Steuer erteilt wird. Einem entsprechenden Gesetz des Bundestages hat der Bundesrat am 21.06.2002 zugestimmt.

Die Neuregelung soll dazu beitragen, die hohen Kraftfahrzeugsteuer-Schulden in den Ländern abzubauen und dadurch Einnahmeausfälle für die Länder zu verhindern. Den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (BT-Drs.: 14/7466) können Sie auf den Seiten des Deutschen Bundestages im Internet einsehen unter: <http://dip.bundestag.de/btd/14/074/1407466.pdf>

III. Trinkgeld wird vollständig von Steuern befreit!

Auf Trinkgelder müssen künftig keine Steuern mehr gezahlt werden. Der Bundesrat stimmte dem Gesetz am 21.06.2002 zu. Die Neuregelung gilt rückwirkend ab 01.01.2002. Vorteile hierdurch sollen vor allem Kellner, Friseure, Taxifahrer, Postboten und Krankenpfleger haben. Trinkgeld war vor dieser Neuregelung nur bis zur Höhe des jährlichen Freibetrages von 1.224,00 Euro von den Steuern ausgenommen.

IV. Bundestag verabschiedet neues Jugendschutzgesetz!

Der Deutsche Bundestag hat am 14.06.2002 das neue Jugendschutzgesetz verabschiedet. Es führt das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit und das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte zu einem einheitlichen Jugendschutzgesetz zusammen.

Der Jugendschutz wird durch das neue Gesetz in wesentlichen Punkten erweitert:

- Computerspiele und Bildschirmspielgeräte müssen wie heute bereits Kino- und Videofilme mit einer Altersfreigabekennzeichnung versehen werden. Mit der Kennzeichnung wissen Gewerbetreibende und Erziehungsverantwortliche, welche Angebote Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung beeinträchtigen können und ihnen nicht zugänglich gemacht werden dürfen. Eine Abgabe dieser Bildträger an Kinder und Jugendliche, die das gekennzeichnete Alter nicht haben, kann zukünftig mit einem Bußgeld von bis zu 50.000,00 Euro geahndet werden.
- Die Verbots- und Indizierungskriterien für „gewaltdarstellende“ Medien werden erweitert und verschärft. So sind künftig auch ohne Indizierung durch die Bundesprüfstelle Trägermedien (z.B. Bücher, Videos, CD, CD-ROM, DVD), die den Krieg verherrlichen, die Menschen in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen oder Jugendliche in „geschlechtsbetonter“ Körperhaltung zeigen, mit weitreichenden Abgabe-, Vertriebs- und Werbeverboten belegt.
- Die Kompetenzen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (*heute: Schriften*) werden erweitert.
- Der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor den Folgen des Tabakkonsums wird verschärft. Ist derzeit Jugendlichen unter 16 Jahren nur das Rauchen in der Öffentlichkeit untersagt, so gibt es künftig ein generelles Abgabeverbot von Tabak an unter 16-Jährige, das durch technische Sicherungen an Zigarettensautomaten durchgesetzt wird (*Anmerkung vom Verfasser: Wie soll dies technisch möglich sein?*). Außerdem wird ein Verbot für Tabak- und Alkoholwerbung in Kinos vor 18 Uhr festgelegt.

V. Bundestag verabschiedet Gesetz gegen Schwarzarbeit

Der Bundestag hat am 28.06.2002 dem Gesetz zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit zugestimmt. Die wichtigsten Regelungen:

- Im Baubereich haften künftig Generalunternehmen, wenn von ihnen direkt beauftragte Subunternehmer keine Sozialversicherungsbeiträge abführen. Für Subunternehmer der zweiten Stufe (*sog. Subsubunternehmer*) haftet der Generalunternehmer nur dann, wenn er einen Strohmännchen als ersten Subunternehmer zwischengeschaltet hat.
- Unternehmer, die gegen die Vorschriften illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit verstoßen, können bis zu drei Jahre von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.
- Zudem müssen Unternehmen, die illegal Ausländer beschäftigen mit höheren Bußgeldern von bis zu 500.000,00 Euro rechnen. Dazu wurden der Bußgeldrahmen und die Straftatbestände erweitert.
- Hindernisse in der Zusammenarbeit von Behörden, die an der Bekämpfung illegaler Beschäftigung beteiligt sind, werden abgebaut. Zukünftig werden sich auch Sozialhilfeträger und Behörden, die für Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz zuständig sind, an der Bekämpfung illegaler Beschäftigung beteiligen.
- Außerdem wird der Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden verbessert. Im Steuerrecht werden die Finanzbehörden verpflichtet, die „Bekämpfungsbehörden“ von den Verhältnissen des Steuerpflichtigen zu unterrichten, soweit dies für die Bekämpfung illegaler Beschäftigung erforderlich ist.

Der Gesetzentwurf bedarf jetzt noch der Zustimmung des Bundesrates, so dass das Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit voraussichtlich zum 01.08.2002 in Kraft tritt.

Interessante Urteile – Kurz notiert!**I. Kein Anspruch auf Sozialhilfe bei Verweigerung gemeinnütziger Arbeit wegen Hundebetreuung! Verwaltungsgericht Koblenz - Az. 5 L 1508/02.KO - Beschluss vom 12.06.2002**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Sozialhilfeleistungen können eingestellt werden, wenn der Anspruchsberechtigte die ihm angebotene zumutbare gemeinnützige Arbeit mit der Begründung ablehnt, er müsse seinen Hund betreuen.

Entscheidungsgründe: Es ist dem Anspruchsberechtigten durchaus zuzumuten, den Hund während der Zeiten, in denen er einer gemeinnützigen und zumutbaren Arbeit nachgeht, anderswo in Betreuung zu geben (z.B. ins Tierheim). Darüber hinaus darf ein Sozialhilfeempfänger nicht besser gestellt werden als ein gering verdienender Arbeitnehmer. Diesen wird auch zugemutet, während der Arbeitszeit für die Betreuung ihrer Haustiere selbst zu sorgen.

II. Versicherungsschutz trotz bewusst riskanter Fahrweise! **Bundessozialgericht – Az.: B 2 U 11/01 R – Urteil vom 04.06.2002**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Arbeitnehmer haben selbst dann einen Anspruch gegen die gesetzliche Unfallversicherung, wenn sie auf dem Weg zur Arbeit durch einen „bewusst riskanten Fahrstil“ einen Unfall verursachen. Auch eine vorsätzliche Gefährdung des Straßenverkehrs, die zu einem Unfall führt, vermag daran nichts ändern.

Sachverhalt und Entscheidungsgründe: Ein Mann hatte mit seinem Auto bei Dunkelheit vor einer Bergkuppe und einer Rechtskurve eine Fahrzeugkolonne überholt und war dabei mit einem entgegenkommenden Wagen zusammengestoßen. Wegen des Unfalls wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt. Nach Ansicht der Richter des Bundessozialgerichts besteht auch in diesem Fall Versicherungsschutz, da das Gesetz nicht vorschreibt, wann der Versicherungsschutz versagt werden muss.

III. Auch in leerstehenden Häusern keine Pflicht zum Abdrehen des Hauptwasserhahns! **OLG Koblenz – Az.: 5 U 570/01 – Urteil vom 03.06.2002**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Wer in einem leerstehenden Haus aus „Gefälligkeit“ Reinigungsarbeiten übernimmt, haftet nicht, wenn infolge fehlerhafter Leitungen ein Wasserschaden entsteht. Eine Pflicht, den Hauptwasserhahn regelmäßig wieder zu schließen, besteht nicht, da auch in vorübergehend unbewohnten Häusern nicht mit defekten Wasserleitungen gerechnet werden muss.

Sachverhalt: Die Töchter hatten ihre Mutter verklagt, die in deren leerstehenden Haus gelegentlich Reinigungsarbeiten vornahm. Bei einem der Besuche vergaß die Mutter jedoch, im Anschluss an die Reinigung den Hauptwasserhahn wieder zu schließen. Auf Grund eines Leitungsdefekts entstand im Haus ein Schaden von rund 83.000,00 DM (ca. 42.430,00 Euro).

Entscheidungsgründe: Das OLG Koblenz wies die Schadensersatzklage der Töchter ab. Der Mutter könne nur dann ein Schuldvorwurf gemacht werden, wenn sie mit einer defekten Wasserleitung hätte rechnen und daher in jedem Fall für ein Schließen des Hauptwasserhahns hätte sorgen müssen.

IV. Roulette-Spieler klagt erfolgreich Gewinn ein! **Landgericht München I – Az.: 9 O 20237/01**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Eine Spielbank (bzw. deren Mitarbeiter) darf einen stehengebliebenen Gewinn nicht sofort „neutralisieren“.

Sachverhalt: Der Kläger hatte beim Roulette auf „Schwarz“ gesetzt und seinen Einsatz bis zum höchstmöglichen Gewinn von 24.000,00 DM stehenlassen wollen. Derroupier hatte jedoch bei einem Einsatz von 1.280,00 DM den Jetonstapel abgezogen und den Gewinn ausgezahlt. Infolge einer weiteren

„Schwarz-Serie“ hätte der Kläger andernfalls den Höchstgewinn erreicht. Der Kläger hatte unverzüglich gegen das Verhalten des Groupiers protestiert, woraufhin die Spielbank im Kulanzwege den ausgezahlten Gewinn auf 2.560,00 DM verdoppelt hatte. Die Spielbank berief sich auf ihr in der Spielbankordnung enthaltenes Recht, einen stehengebliebenen Gewinn zu neutralisieren, wenn keine den Besitz zweifelsfrei klärende Reklamation erfolge.

Entscheidungsgründe: Das LG München I urteilte jedoch zugunsten des Spielers. Nach der Vernehmung von 7 Zeugen kamen die Richter zu dem Schluss, dass der Kläger nicht nur ständig anwesend gewesen war, sondern auch seine Rechte an dem stehengebliebenen Gewinn dem Spielbankpersonal gegenüber deutlich gemacht hatte. Das Gericht sprach dem Spieler die zum Höchstgewinn fehlenden 10.962,10 € zu.

V. Schadenersatz bei Korrekturfehler in Prüfung!
OLG Koblenz – Az.: 1 U 843/99 – Urteil vom 18.06.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Wird eine Prüfungsaufgabe *objektiv falsch bewertet*, so hat der Prüfling Anspruch auf Schadenersatz. Wegen der Verletzung der Amtspflicht zur korrekten Bewertung von Prüfungsleistungen kann der Geschädigte auch den Ausgleich für Nachteile verlangen, die ihm durch einen verspäteten Berufsstart entstehen.

Sachverhalt: Der Kläger (Mediziner) hatte in einem verwaltungsgerichtlichen Streit die Feststellung erreicht, dass das Prüfungsamt für Mediziner eine von ihm beantwortete Prüfungsfrage zu Unrecht als falsch gewertet hatte. Seine Prüfung wurde daher von den Verwaltungsrichtern nachträglich als bestanden erklärt. Da der Rechtsstreit allerdings längere Zeit in Anspruch genommen hatte, konnte der Kläger nach seinen Angaben erst fünf Jahre später seine berufliche Tätigkeit aufnehmen.

Entscheidungsgründe: Das OLG Koblenz kam vor diesem Hintergrund zu dem Ergebnis, dass das Prüfungsamt dem Kläger grundsätzlich den entgangenen Verdienstausschlag ersetzen muss, da es seine Amtspflicht zur korrekten Bewertung der Prüfungsleistungen verletzt hat.

VI. Nachname kann nach Scheidung nicht zurückverlangt werden!
LG Düsseldorf – Az.: 21 S 293/01 – Urteil vom 24.06.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Nach einer gescheiterten Ehe kann der gemeinsame Nachname nicht zurückverlangt werden. Das gilt auch, wenn der Ex-Partner den angenommenen Namen für Straftaten, wie Scheckbetrug missbraucht hat. Die Führung des Namens kann nur dann untersagt werden, wenn dieser ausschließlich arglistig zum Begehen von Straftaten erschlichen worden ist.

VII. Keine Leistung für Kranke bei Reiserücktrittsversicherung!
AG München - Az.: 163 C 9983/02 – Urteil vom 24.06.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Eine einfache Reiserücktrittsversicherung umfasst keinerlei Ansprüche bei nicht ausgeheilten Krankheiten. Vielmehr müssen „potentielle Versicherungsnehmer“ ein langwieriges Leiden beim Abschluss einer Reiserücktrittsversicherung offenbaren und dann auch höhere Prämien in Kauf nehmen.

Sachverhalt: Die Ehefrau des Klägers litt bei Abschluss einer gewöhnlichen Reiserücktrittsversicherung unter manischen (= *krankhaften*) Depressionen. Kurz vor dem geplanten Urlaubstermin musste die Reise wegen eines neuerlichen Krankheitsschubs abgesagt werden, und es fielen Storno-Gebühren in Höhe von rund 1.000,00 € an. Der Kläger verlangte das Geld von der Versicherung zurück, diese verweigerte aber die Zahlung.

Entscheidungsgründe: Das AG München wies die Klage mit der Begründung ab, dass der Krankheitsfall nicht unerwartet im Sinne der Versicherungsbedingungen gekommen ist. Die Krankheit ist nach Ansicht des LG München vielmehr „unstreitig nicht ausgeheilt“ gewesen.

VIII. Freier Informationszugang des Bürgers zur Verwaltung!

OVG NW - Az.: 21 B 589/02 - Beschluss vom 19.06.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Das am 01.01.2002 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen soll den Bürgern grundsätzlich freien Zugang zu den bei den öffentlichen Stellen des Landes vorhandenen amtlichen Informationen gewähren, soweit nicht schützenswerte öffentliche oder private Belange entgegenstehen.

Sachverhalt: Im Fall ging es um Aufzeichnungen der Stadt Essen über den Ablauf einer Straßenbaumaßnahme. Der Inhaber einer Apotheke in Essen war der Auffassung, die von der Stadt veranlasste Straßenbaumaßnahme im Bereich seines Geschäftslokals habe unnötig lange gedauert und sei zudem unzulänglich durchgeführt worden. Wegen seiner Umsatzeinbußen verklagte er die Stadt Essen deshalb vor dem Landgericht Essen auf Schadensersatz. Das Landgericht verlangte von ihm nähere Angaben zum konkreten Ablauf der Straßenbauarbeiten. Um diese Angaben machen zu können, beantragte der Apotheker bei der Stadt Essen unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz Einsicht in die dort geführten Bautagebücher. Die Stadt Essen lehnte den Antrag ab. Sie war der Ansicht, das Gesetz eröffne dem Bürger nur Zugang zu solchen Informationen, die eine Behörde aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Tätigkeit besitze. Die Straßenbauarbeiten habe jedoch ein privater Bauunternehmer aufgrund eines privatrechtlichen Werkvertrages für sie ausgeführt. Der Apotheker erwirkte daraufhin beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eine einstweilige Anordnung zur Einsicht in die Bautagebücher. Gegen diese Entscheidung legte die Stadt Essen Beschwerde ein, die das OVG NW zurückgewiesen hat.

Entscheidungsgründe: Das Informationsfreiheitsgesetz findet nach Ansicht des OVG NW auch dann Anwendung, wenn sich eine öffentliche Stelle des Landes zur Erfüllung ihrer Aufgaben privatrechtlicher Handlungsformen bedient. Erklärtes Ziel des Gesetzgebers sei es gewesen, die Transparenz und Akzeptanz behördlichen Handelns zu erhöhen sowie das Mitspracherecht und mittelbar auch die Kontrollmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das Handeln staatlicher Organe des Landes zu verbessern. Dieses Ziel würde angesichts der den öffentlichen Stellen zunehmend eröffneten und in Anspruch genommenen Möglichkeiten, bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben auf privatrechtliche Organisations- und Handlungsformen zurückzugreifen, weitgehend verfehlt, wenn der Anwendungsbereich des Gesetzes auf die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit beschränkt wäre. Im Übrigen habe der Ge-

setzgeber auch die Möglichkeit gesehen und in Kauf genommen, dass ein Bürger Akteneinsicht ausschließlich zu dem Zweck begehrt, die gewonnenen Informationen im Rahmen eines Amtshaftungsprozesses gegen die Behörde zu verwenden.

IX. Zum Diebstahlsnachweis in der Kaskoversicherung!
BGH – Az.: IV ZR 263/00 – Urteil vom 30.01.2002

Leitsätze (vom Verfasser – nicht amtlich!):

1. Ein Kfz-Diebstahl ist nicht dadurch nachgewiesen, wenn ein Zeuge das Abstellen und Verschließen des gestohlenen Fahrzeugs auf einem Parkplatz selbst wahrgenommen und dessen Verschwinden jedoch nur telefonisch von dem Fahrzeugeigentümer erfahren hat.

2. Bedenken gegen die Redlichkeit des Versicherungsnehmers können sich daraus ergeben, dass dieser bereits bei einem früheren Kfz-Diebstahl unrichtige Angaben gegenüber der Versicherung gemacht hat. Einer solchen Würdigung steht nicht die Unschuldsvermutung des Art. 6 Abs. 2 EMRK entgegen.

Sachverhalt: Der Kläger verlangte von der beklagten Versicherung rund 60.000,00 DM als Ersatz für seinen auf einem Parkplatz gestohlenen BMW 740i. Diese zahlte jedoch nicht und bestritt den Diebstahl. Ferner vertrat sie die Auffassung, dem Kläger könnten Beweiserleichterungen beim Diebstahlsnachweis nicht zugute kommen, weil er sich früher schon einmal als unredlicher Versicherungsnehmer erwiesen hat. Das Landgericht hatte auf Antrag des Klägers eine Zeugin zum äußeren Erscheinungsbild des Diebstahls gehört. Aus eigener Wahrnehmung konnte die Zeugin lediglich berichten, dass der Kläger das Fahrzeug auf dem Parkplatz abgestellt, verschlossen und sodann verlassen hat. Dass es später gestohlen war, konnte sie nicht bekunden. Ihre Aussage beschränkte sich insoweit darauf, einen Anruf des Klägers auf dem Handy seines Sohnes mitbekommen zu haben, wonach der Wagen gestohlen worden sei. Das LG und das OLG sahen hierin den Beweis des äußeren Erscheinungsbildes als geführt an, ohne sich schon in diesem Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit des Klägers zu befassen.

Entscheidungsgründe: Der Nachweis des äußeren Erscheinungsbildes als Mindestsachverhalt eines Kfz-Diebstahls setzt nach ständiger Rechtsprechung des BGH den Beweis zweier Tatbestände voraus: 1. Abstellen des Fahrzeugs zum einen und 2. ungewolltes Nicht-Wiederfinden zum anderen. Da der Kläger zu Punkt 2 keine unmittelbaren Zeugen benennen konnte, kommt es nach Meinung des BGH bereits im Rahmen des Nachweises des äußeren Erscheinungsbildes auf die Glaubwürdigkeit des Klägers an.

X. Vertragsstrafe bei Nichtantritt des Arbeitsverhältnisses ist zulässig!
ArbG Frankfurt - Az: 18 Ca 3114/02 – Urteil vom 28.06.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Treten Arbeitnehmer nach Abschluss des Arbeitsvertrages die neue Stelle nicht an, so kann der Arbeitgeber eine vorher vereinbarte Vertragsstrafe verlangen. Die Höhe der Vertragsstrafe muss sich dabei an der Länge der für die Probezeit vereinbarten Kündigungsfrist orientieren.

Entscheidungsgründe: Die Richter gaben mit ihrer Entscheidung der Klage eines Bekleidungsgeschäfts gegen einen Verkäufer statt und verurteilten diesen zur Zahlung eines halben Monatslohns an das Unter-

nehmen. Die Vereinbarung einer Vertragsstrafe im Falle des Nichtantritts eines Arbeitsverhältnisses ist nach Ansicht des Gerichts grundsätzlich zulässig. Deren Höhe muss sich allerdings an der Länge der in der Probezeit üblichen Kündigungsfrist von zwei Wochen orientieren.

**XI. Zweijährige Fahrtenbuchauflage nach Rotlichtverstoß rechtmäßig!
VGH Baden-Württemberg – Az.: 10 S 1408/01 - Beschluss vom 28.5.2002 – rechtskräftig!**

Leitsatz (vom Verfasser - nicht amtlich!): Ist nach einem Rotlichtverstoß der Fahrzeugführer nicht feststellbar, so kann die Verkehrsbehörde gegenüber dem Fahrzeughalter die **Führung eines Fahrtenbuchs für 2 Jahre anordnen!** Die zeitliche Bemessung der Fahrtenbuchauflage für die Dauer von 2 Jahren ist nach Ansicht des Verwaltungsgerichtshof (=VGH) Baden-Württemberg angesichts der Gefährlichkeit einer solchen Verkehrsordnungswidrigkeit für die Sicherheit des Straßenverkehrs nicht unverhältnismäßig.

Sachverhalt: Dem Halter eines Kraftfahrzeugs war vom zuständigen Landratsamt für zwei Jahre die Führung eines Fahrtenbuchs auferlegt worden. Mit dessen Pkw war ein Rotlichtverstoß begangen worden. Bei seiner Anhörung in dem gegen ihn eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren äußerte er sich lediglich in der Weise, dass er den Rotlichtverstoß nicht begangen hat. Die Namen der möglichen Fahrer wollte er jedoch nicht offenbaren. Erst als die Ordnungswidrigkeit verjährt war, machte er hierzu Angaben. Das Landratsamt ordnete daraufhin mit sofortiger Wirkung die Führung eines Fahrtenbuchs für zwei Jahre an.

Entscheidungsgründe: Nach Ansicht des VGH soll durch eine Fahrtenbuchauflage der Fahrzeughalter zu einer nachprüfaren Überwachung der Fahrzeugbenutzung und zur Mitwirkung bei der Feststellung des Fahrzeugführers im Falle eines erneuten Verkehrsverstoßes angehalten werden. Die Fahrtenbuchauflage dient mithin einem doppelten Zweck: Zum einen solle künftigen Fahrern bewusst gemacht werden, dass sie im Falle der Begehung von Verkehrsdelikten als Täter ermittelt und mit Sanktionen belegt werden könnten. Zum andern soll sichergestellt werden, dass Verstöße geahndet und gegebenenfalls auch präventiv-polizeiliche Maßnahmen in Anwendung des Fahrerlaubnisrechts ergriffen werden können. Diesen Zweck kann die Fahrtenbuchauflage nur erfüllen, wenn sie von einer gewissen Dauer ist. Die Bemessung der Dauer hat sich maßgeblich an der Gefährlichkeit der Verkehrszu widerhandlung zu orientieren. Sechs Monate liegen generell im unteren Bereich einer effektiven Kontrolle. Da die Lichtzeichenanlage im vorliegenden Fall schon 18 Sekunden Rot war, hielt der VGH eine Fahrtenbuchauflage von 2 Jahren für angemessen.

**Humor:
Eine tierische Fahrt.....**

OLG Düsseldorf in NJW 1990, Seite 2264 f.:

.....Zur Rettung eines Wellensittichs ist die Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit um 54 km/h nicht gerechtfertigt!.....